



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

Nachwort

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

Nachwort

Im Friedensvertrag von Versailles mußte Deutschland seine Schuld am Ausbruch des Weltkrieges anerkennen. Aus dieser Schuld leitet der Feindbund das Recht ab, Deutschland zu bestrafen; diese Schuld dient ferner dazu, das Aufgeben der Grundsätze Wilsons und den Bruch der Vereinbarungen vom November 1918 zu rechtfertigen. Der ganze Friedensvertrag ist auf der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgebaut. Lloyd George, Clemenceau und Wilson haben dies vor und nach Unterzeichnung des Vertrages bestätigt. Präsident Poincaré hat bereits bei der Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 angekündigt, daß die Sühne für Deutschlands Schuld, für seine „aggression“, die Grundlage des Friedens bilden müsse.

Die Bedeutung der Schuldfrage, die moralischen und materiellen Folgen des von der feindlichen Propaganda verhängten Bannfluchs wurden in Deutschland erst sehr spät erkannt. Auch hier ist der Gegner wieder einmal unterschätzt worden. Während des Krieges wurde bei uns die Schuldfrage mit lauem Interesse und wenig Sachkenntnis erörtert. Das deutsche Volk wußte, daß es den Krieg nicht gewollt hatte; es schien den meisten daher auch überflüssig, sich um die Frage der Verantwortlichkeit zu streiten. Mochte das Ausland denken, wie es wollte, in ruhigeren Zeiten werde man die Wahrheit schon erkennen. Mit dem Zusammenbruch und der Revolution änderte sich das Bild. Für viele gehörte es nunmehr zum guten Ton, an Deutschlands Verantwortlichkeit zu glauben, und es gab nicht wenige, die laute Schuldbekennnisse für eine politische Tat, für ein nützliches Beginnen hielten. Die Sachkenntnis fehlte noch immer. Am wirkungsvollsten hat die neue Richtung Eisner vertreten. Ihre verhängnisvollen Folgen für den Friedensschluß wurden vom jeweiligen Minister des Äußeren nicht verkannt. Solf richtete noch im November 1918 die Aufforderung an die Alliierten, eine unparteiische Untersuchung der Schuldfrage zuzulassen. Nur England antwortete: mit einem höhnischen Nein. Brockdorff-Rantzau fand dann eine außerordentlich schwierige Lage vor. Kautsky war in das Auswärtige Amt eingezogen und saß auf den seither veröffentlichten Akten, zusammen mit einem

Bureau von drei Hilfsarbeitern und zahlreichen Schreibdamen. Lange Zeit waren infolgedessen die fraglichen Archive den berufenen Stellen unzugänglich. Kostbare Monate gingen zu Beginn der Pariser Friedenskonferenz verloren, während denen eine sachgemäße Erörterung der Schuldfrage in der Öffentlichkeit angebracht gewesen wäre. Die Kundgebungen feindlicher Staatsmänner und die Äußerungen der Presse zeigten ja sehr deutlich an, was in Paris geplant wurde. Ein so leichtfertiges Machwerk, wie der Bericht der Schuldkommission des Feindbundes hätte durch rechtzeitige Gegenanklagen unschwer verhindert werden können. Das Bestreben Kautskys war aber, Deutschlands Schuld nachzuweisen. Mit dunklen Andeutungen über seine Funde machte er seine Parteigenossen, und vor allem die Volksbeauftragten, auf das Schlimmste gefaßt. Keiner von ihnen wagte es daher, eine Bekämpfung der feindlichen Schuldpropaganda zuzulassen. Unter diesen Umständen hatte der Reichsminister des Äußeren einen schweren Stand. Die Regierung brachte nur den innerpolitischen Fragen Verständnis oder Interesse entgegen. Die andauernden Unruhen in Berlin und im Reiche ließen sie auch nicht zur Besinnung kommen. Selbst als die Reden zur Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz auf das deutlichste offenbarten, daß die gegnerischen Forderungen mit der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege begründet werden würden, konnte der Außenminister die Ermächtigung zu Gegenmaßnahmen nicht erwirken. Er erhielt diese erst, als der psychologische Augenblick verpaßt war. Dadurch wurde er genötigt, die wesentlichsten der vorhandenen Gegenargumente für die Verhandlungen in Versailles aufzusparen. Die deutsche Schuldkommission verfaßte dort binnen weniger Tage eine Entgegnung, die die hauptsächlichsten Anklagepunkte der Pariser Kommission schlagend widerlegt. Sie hat gleichzeitig eine Sammlung von Dokumenten auf den Konferenztisch gelegt, aus denen sich die schwersten Anklagen gegen Deutschlands Gegner ableiten lassen. Da aber der Frieden von Versailles ein reiner Gewaltfrieden ist, mußte damals jeder deutsche Versuch, eine Erörterung der Schuldfrage herbeizuführen, ergebnislos bleiben. Es fanden ja überhaupt keine Verhandlungen statt, und so konnten die Alliierten den Bericht der deutschen Schuldkommission mit seinem eindrucksvollen Urkundenmaterial unter den Tisch fallen lassen.

Die alleinige Verantwortung Deutschlands blieb demnach Grundlage des Friedensvertrages, und die Anklage selbst wurde in dem Ultimatum des Feindbundes vom 16. Juni 1919 näher erläutert. Noch im selben Jahre wurden dann die deutschen Akten veröffentlicht, die die Haltlosigkeit dieser Anklagen einwandfrei beweisen. Nunmehr setzte eine sachkundige Erörterung der Schuldfrage ein. Je deutlicher ferner der Zusammenhang zwischen dem Versailler

Schuldanspruch und den Forderungen und Gewaltmaßnahmen des Feindbundes erkannt wurde, desto höher stieg auch das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Frage der Verantwortlichkeit am Kriege.

Diese Erscheinung ist an sich zu begrüßen; sie ist jedoch auch mit Gefahren verknüpft. Die Grundlage für unseren Anspruch auf Revision des Versailler Schuldurteils ist in erster Linie das deutsche Aktenmaterial. Mit einigem Geschick kann man aber aus 879 Urkunden alles „beweisen“. Es läßt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands begründen, oder aber behaupten, daß Wilhelm II. ein großer und genialer Friedenskaiser war und auch, unter Zuhilfenahme der Urkunden unserer Gegner, alle Schuld der Entente zuschieben. Mit derartigen Kunststücken ist Deutschland jedoch nicht gedient.

In der Erörterung der Schuldfrage gibt es ein Ziel, das unschwer zu erreichen ist, und das alle anstreben können, welcher Partei-richtung sie auch angehören mögen. Einigen wir uns über dieses Ziel, so entgehen wir der Gefahr, daß die Ausführungen des einen die des anderen widerlegen, und daß das Ausland, wie dies schon so oft geschehen ist, einen Deutschen gegen den anderen ausspielen kann. Der Weg ist so breit, daß ihn alle gehen können, und daß jedem noch ein weiter Spielraum bleibt.

Der Versailler Vertrag ist auf der Alleinschuld Deutschlands aufgebaut. Unsere Anstrengungen sollen diesen Grundpfeiler stürzen. Dies ist uns leicht gemacht worden: Wir haben nur zu beweisen, daß auf den anderen Mächten ebenfalls Verantwortung lastet, und die moralischen Grundlagen des Vertrages werden hinfällig. Die Frage, wen die größere Verantwortung trifft, und ob von einer Alleinschuld der Gegner die Rede sein kann, dürfen wir getrost der Geschichte überlassen. Ihre Erörterung kann im Augenblick nur verwirren und Schaden anrichten. Wird in Deutschland die Schuldfrage aufgerollt, so stellt dies eine große Propagandaaktion dar, die letzten Endes das Ausland beeinflussen soll. Es müssen daher die psychologischen Voraussetzungen beachtet werden. Von der Mitverantwortung der feindlichen Regierungen wird man Millionen von Menschen in anderen Ländern unschwer überzeugen können. Viele werden uns sogar willig Gehör schenken. Unsere völlige Unschuld und die Alleinschuld unserer Gegner können sie aber nicht glauben, und wenn wir mit Engelszungen redeten. Dazu wirkt die sechsjährige großzügige Kriegspropaganda zu stark nach. Selbst wenn der Verstand unseren Argumenten Recht gäbe, würde das Herz nicht folgen. Es ist, wie mit dem Beweis der Existenz Gottes: Er läßt sich nicht führen, man glaubt oder glaubt nicht. Zudem ist die Alleinschuld ein absolutes Ergebnis, das jederzeit durch neue Momente umgestoßen werden kann. Die Mitschuld

hingegen (deren Grad unbestimmt bleiben kann) steht, einmal bewiesen, für alle Zeiten fest.

Die Mitverantwortlichkeit unserer Feinde am Ausbruch des Krieges ist von vornherein so wahrscheinlich und glaubwürdig, daß die Saat unserer Argumente mehr fruchtbaren Acker als Steine und Dornen finden wird. Wäre Deutschland der allein Schuldige, dann müßte die Entente

nichts getan haben, um zu der gefährlichen Spannung beizutragen, die nach übereinstimmendem Urteil aller vor Kriegsausbruch bestand, den Krieg nicht, und unter keinen Umständen gewollt haben, und schließlich alles getan haben, um den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.

Gegenbeweise zu diesen Punkten zu bringen, ist nicht schwer. Es ist genügend bekannt, daß Englands Handel mit Frankreich über Marokko und Ägypten schon 1904 den Grund zu einer mehrjährigen europäischen Krise schuf. Daß in Frankreich die Revanche betrieben wurde. Daß schließlich Rußland im Verein mit der Entente den Balkankrieg anzettelte und Serbien gegen Österreich-Ungarn aufhetzte, somit die Saat austreute, aus der der Weltkrieg aufging.

Ohne genügenden Anlaß hat uns England 1911 mit dem Kriege gedroht. Grey erklärte 1912, daß es alles daransetzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zu versetzen. Auch Frankreich war, nach dem Zeugnis seiner Verbündeten, in der Krisenzeit 1912/13 der Krieg willkommen. War es 1914 anders? Man lese, was Paléologue über die Gespräche berichtete, die während Poincarés Besuch am Zarenhofe geführt wurden. Für Rußlands Kriegswillen gibt es Beweise in Fülle. Und sind etwa die unheimlichen Kriegsvorbereitungen des Dreiverbandes in den letzten Jahren, ja, den letzten Monaten vor der Katastrophe Zeugnisse für eine friedfertige Gesinnung?

Was hat die Pariser Regierung getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern? Sie hat jede Einwirkung auf Petersburg abgelehnt und nur den Rat gegeben, die Mobilmachung geschickt vor den Deutschen zu verbergen. Und die Regierung in London? Nicht ein einziges Mal hat sie gegen die russische Mobilmachung Einspruch erhoben, obwohl allseitig feststand, daß diese den Krieg unvermeidlich machen würde. Über diese Vorgänge in Petersburg ist hier kein Wort zu verlieren. Wer heimlich gegen einen Nachbar mobilisiert, der ihn nicht bedroht und der sich die Drohung des Aufmarsches nicht gefallen lassen kann, der will den Krieg.

Fürwahr, die Alliierten haben uns mit ihrer übermütigen Behauptung der Alleinschuld Deutschlands unsere Aufgabe leicht ge-

macht. Warum wollen wir sie uns selbst erschweren und die Erörterung über das hinausführen, was zur Entwertung des Friedens nötig ist, Beweise bringen gegen Behauptungen, die nicht aufgestellt wurden, und Behauptungen aufstellen, die das Ausland nicht glauben wird, weil es sie noch nicht glauben will! Verzichten wir auf die Rechtfertigung dieses oder jener und beschränken wir uns auf die Widerlegung der Anklage der Alleinschuld, indem wir die Mitverantwortung der Gegner nachweisen, so eint alle Deutschen ein Weg, ein Ziel und hoffentlich dann auch ein Wille.

